

[www.kommunale-initiative.de](http://www.kommunale-initiative.de)

*\*Die basisdemokratische Liste im Stadtrat von Aschaffenburg – \*Unbequem aus Verantwortung!*



*KI\* – c/o Johannes Büttner, Bergstraße 6, 63743 Aschaffenburg*

An den Oberbürgermeister  
der Stadt Aschaffenburg  
Herrn Jürgen Herzing  
Frau Bürgermeisterin Jessica Euler und Herrn  
Bürgermeister Eric Leiderer zur Kenntnis  
- per mail -

STADT ASCHAFFENBURG				
EINGANG				
28. SEP. 2020				

**Kommunale Initiative (KI)**

**Johannes Büttner**  
Stadtrat der Kommunalen Initiative  
Bergstraße 6  
63743 Aschaffenburg  
Tel./Fax: 06021/980251  
Mobiltel:  
0170-3333722  
johannes.buettner  
@kommunale-initiative.de

## **Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung**

**27.09.2020**

### **Entzug des Rederechtes einer Partei bzw. Wählerinitiative im Senat nach Antrag auf Schluss der Debatte - Änderung der Geschäftsordnung nötig.**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister

im Planungs- und Verkehrssenat am 15. September 2020 meldete ich mich als ordentliches Mitglied des Senates für die Kommunale Initiative (KI) zum Punkt 11 - Parkregelung Ziegelbergstraße - zu Wort. Mehrere Alternativen standen zur Entscheidung an. Nachdem mehreren anderen Mitgliedern aus den verschiedenen Parteien des Senats das Wort erteilt wurde und ich für die KI an der Reihe war, wurde mit der Mehrheit der Senatsmitglieder Schluss der Debatte beschlossen und damit mir als dem Vertreter der KI die Möglichkeit verweigert, zu der Beschlussvorlage Stellung zu nehmen.

Nach allgemeiner Rechtsauffassung muss jedoch jeder Partei/ Gruppierung in den Senaten die Möglichkeit gegeben werden, auf die Entscheidung in den Beschlussvorlagen Einfluss zu nehmen und sich dazu zu äußern. Geschieht dies nicht, ist ein Senatsbeschluss rechtsunwirksam. Indem mir als dem Vertreter der KI die Mitwirkung an der Meinungsbildung verweigert wurde, wurden elementäre Rechte der demokratischen Mitgestaltung missachtet. Es handelt sich um eine missbräuchliche Nutzung der Geschäftsordnung.

Solange nicht jede Partei/Wählerinitiative ihre Hinweise und Einwände zur Beschlussvorlage gegeben hat, kann kein Schluss der Debatte beschlossen werden. Theoretisch könnten sonst zwei große Parteien nach ihren Beiträgen durch nachfolgenden Antrag auf Schluss der Debatte den anderen Fraktionen ihre Rechte auf demokratische Mitwirkung entziehen.

[info@kommunale-initiative.de](mailto:info@kommunale-initiative.de)

Bankverbindung:  
Sparkasse Aschaffenburg  
IBAN:  
DE67795500 0000  
05178801  
BIC:  
BYLADEM1ASA

[www.kommunale-initiative.de](http://www.kommunale-initiative.de)

*\*Die basisdemokratische Liste im Stadtrat von Aschaffenburg*

**Mitglied bei attac und Mehr Demokratie e.V.**

Ausnahmsweise bin ich bereit, für dieses Mal auf die Anrufung der Kommunalaufsicht bzw. auf gerichtliche Schritte zu verzichten, um die Angelegenheit für alle Beteiligten nicht zu verkomplizieren, zumal in einem solchen Fall eine erneute Abstimmung des TOP 11 wegen Nichtigkeit des PVS-Beschlusses vom 15.9.2020 die Folge sein könnte.

**Um jedoch für die Zukunft Klarheit zu schaffen, ist eine Änderung der Geschäftsordnung dringend geboten, die die Mitwirkung aller Parteien/Gruppierungen des Stadtrates an der Willensbildung sichert. Keine Partei/Gruppierung des Stadtrats darf von der Mitwirkung ausgeschlossen werden.**

**Ich beantrage daher, die Verwaltung zu beauftragen, einen entsprechenden Vorschlag zu erarbeiten und dem Arbeitskreis zur Änderung der Geschäftsordnung für seine Sitzung am 1.10.2020 vorzulegen. (Bezieht sich auf die §§ 26 (6) und 27 (1) GO von 2014).**

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Büttner  
KI-Stadtrat

Antrag nach § 23 Gescho  
in d. nächsten Sitzung zu behandeln!

Amt \_\_\_\_\_:

- TV fertigen (2-fach) oder
- Zwischenmitteilung an Antragsteller  
(Abdruck an 10!)